

4368/J XX.GP

der Abgeordneten Dkfm. Mag. Josef Mühlbacher
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Entbürokratisierung im Einkommensteuergesetz (EstG)

Die Erschwerniszulage wird Lohnsteuerpflichtigen gewährt, um im Kollektivvertrag beschriebene „erschwerende Arbeitsbedingungen“ abzugelten. Nach geltendem Steuerrecht ist diese steuerfrei gehalten. Computerunterstützte Lohnabrechnungsprogramme rechnen nach Lohnarten ab, daher ist auch die Erschwerniszulage als lohnsteuerfreie Lohnart in allen gängigen Lohnverrechnungsprogrammen enthalten.

Der Arbeitgeber hat die Erschwerniszulage selbst dann fortzuzahlen, wenn der Arbeitnehmer Entgeltfortzahlung bzw. Urlaubsentgelt gewährt bekommt. Anlässlich einer Lohnsteuerprüfung durch das Finanzamt Freistadt wurde festgestellt, daß die Erschwerniszulage in Kombination mit der Entgeltfortzahlung oder dem Urlaubsentgelt nicht mehr als steuerfreie Lohnart anzusehen ist, also lohnsteuerpflichtig ist. Daher ergibt sich im Krankheits- oder Urlaubsfall eines Arbeitnehmers das Problem einer Aliquotierung der Erschwerniszulage nach tatsächlichen Arbeits-, Kranken- und Urlaubstagen. Dies ist angesichts der Höhe von Erschwerniszulagen nur mit einem unzumutbaren Aufwand in der Lohnverrechnung zu bewältigen.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Sind Sie bereit, im Sinne der propagierten Entbürokratisierung die Erschwerniszulage durchgängig steuerfrei zu stellen?
2. Wenn nein, warum nicht?